

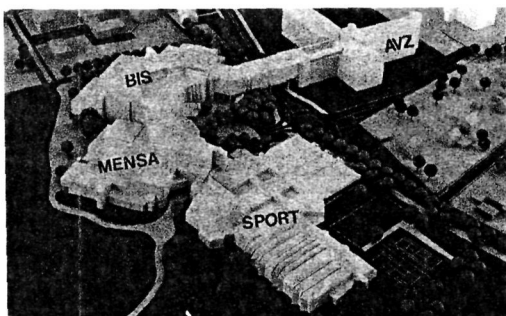
UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg.

4/80
12. März

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Lüttmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Der Zentralbereich



Begonnen haben bereits die Bauarbeiten für den Zentralbereich am Uhlhornsweg, in dem neben der Bibliothek und den Sportanlagen auch die Mensa und andere Sozialeinrichtungen unterkommen sollen. Am 18. Februar hatte sich der Aufsichtsrat der Hochschulbaugesellschaft endgültig für den Entwurf einer Düsseldorfer Architektengruppe entschieden, die sich mit Oldenburger Baufirmen und einer Rinteler Gesellschaft zusammengeschlossen hat. Der Entscheidungsprozeß dauerte verhältnismäßig lange, weil die Kostenvoranschläge für beide zur Auswahl stehenden Entwürfe weit über den zur Verfügung stehenden Mitteln lagen. Inzwischen wurde die Summe auf insgesamt 102 Millionen Mark angehoben. Dennoch mußten von ursprünglichen Plänen Abstriche gemacht werden. Laut Uni-Bauplaner handelt es sich dabei aber um Änderungen, die nicht an die Substanz gehen. So wurde u.a. auf den Einbau einer Eisanlage für die Freiluftsporthalle verzichtet und die

Tiefgarage unter dem Zentralbereich erheblich verkleinert. Kostenersparnis insgesamt: 30 Millionen Mark. Mit der Fertigstellung der Anlage kann nicht vor Ende 1983 gerechnet werden. Der Entwurf ist so angelegt, daß durch eine Eingangshalle alle Bereiche erreicht werden können. In diesem sogenannten Kommunikationstrakt wird es Info-Stände für Studentengruppen, Geschäfte (u.a. ein Buchladen) sowie einen Lesesaal, Spiel- und Sportecken und eine Cafeteria geben. Außerdem werden dort der AstA und das Studentenwerk unterkommen. Zum Sportbereich gehören eine große Halle, die dreigeteilt werden kann, ein Schwimmbad, eine offene Mehrzweckhalle, Aktionsräume und Freiflächen für verschiedene Sportarten. Nicht dabei ist ein großer Sportplatz. Er soll auf dem Standort Wechloy angelegt werden. Vom AVZ aus wird der Zentralbereich durch Überbauung direkt zu erreichen sein.

„Da beißt keine Maus den Faden ab“

Minister: „Physik bleibt“

„Physik in Oldenburg... bleibt, da beißt keine Maus den Faden ab.“ Mit dieser Bemerkung hat sich Wissenschaftsminister Professor Dr. Eduard Pestel im Landtag noch einmal auf den Vollausbau der Naturwissenschaften in Oldenburg in dem vom Wissenschaftsrat vorgesehenen Umfang festgelegt. Gleichzeitig weigerte sich Pestel jedoch - ebenso wie Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht - trotz früherer Zusagen, eine verbindliche Antwort zur Einrichtung eines Studienganges Jura zu geben. Pestel äußerte sich im Rahmen der Haushaltsdebatte zum Ausbau der Universität Oldenburg. Er war zuvor von dem Oldenburger Landtagsabgeordneten Horst Milde (SPD) in einer glänzend vorbereiteten Rede dazu herausgefordert worden. Milde bediente sich dabei eines ebenso einfachen wie wirkungsvollen Mittels: Er zitierte lediglich die zahlreichen Versprechungen des Wissenschaftsministers und seiner Kabinettskollegen zum Ausbau der Universität in den letzten 13 Monaten. Dabei förderte er u.a. diese Aussage Pestels vom 15. Mai 1979 vor dem Landtag zur Einrichtung eines rechtswissenschaftlichen Studienganges in Oldenburg zu tage: „Es kommt der Fachbereich Jura. Ich kann Ihnen versichern, der kommt.“

Prozeß zur Namensgebung:

Keine Zeiten für Ossietzky

Als vor drei Wochen das Urteil des Verwaltungsgerichts Oldenburg gegen die Namensgebung der Universität Oldenburg gesprochen wurde, versuchte der Vorsitzende vorzubauen, indem er noch vor der Urteilsbegleichung erklärte, es handle sich hierbei keineswegs um eine Entscheidung gegen Carl von Ossietzky. Wie dem auch immer sei, die politische Dimension seines Urteils war dem Gericht ganz offensichtlich bewußt.

Insofern war die Enttäuschung unter den beklagenswerten Zuhörern besonders groß. Zwar hatte niemand erwartet, daß das Verwaltungsgericht den juristischen Spielraum, der ihm zweifellos zur Verfügung stand, voll und ganz zugunsten der Argumentation der Universität einsetzten würde; jedoch schien zumindest aufgrund der Verhandlungsführung ein Teilerfolg möglich zu sein, dessenwegen sich der Prozeß schon gelohnt hätte. Die Vertreter der Universität hatten einen Hilfsantrag eingebracht, in dem das Gericht aufgefordert wurde, festzustellen, daß zum Zeitpunkt der Klageerhebung die Gremien der Hochschule rechtmäßig handelten, als sie die Führung des Namens „Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg“ in Selbstverwaltungsangelegenheiten beschlossen. Das war vor Inkrafttreten des NHG, im Sommer 1978. Doch auch hier wurde die Universität abgewiesen, der Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß lediglich ein Rehabilitationsinteresse bestehe, was nicht ausreichte, um überhaupt seitens des Gerichts darauf einzugehen.

Gerade aber die juristische Rehabilitierung wäre für die Hochschule von großer Bedeutung gewesen, weil die Gegner der Namensgebung meist der inhaltlich politischen Auseinandersetzung mit dem Hinweis auf den formalen Aspekt der Angelegenheiten ausweichen, um nicht ihre wahren Bedenken gegen den Widerstandskämpfer und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky nennen zu müssen. So war das Urteil für sie ein großer Erfolg - besonders aber auch für den beklagten Minister, der national wie international unter star-

ken Beschuß wegen seiner Haltung zur Namensforderung der Universität gekommen war. Denn laut Gericht kann jetzt nur noch das Parlament über Namensführungen entscheiden. Für die Universitäten in Göttingen und Braunschweig soll dies freilich nicht gelten. Sie können sich trotz NHG, das sie wie alle anderen Universitäten in Niedersachsen mit Stadtnamen bezeichnet, weiterhin nach ihren feudalen landesherrlichen Gründern Georg August und Karl Wilhelm benennen. Begründung des Gerichts: Die lange Tradition stelle einen berechtigten Grund des Ministers dar, die Namensführungen nicht zu beanstanden.

Wie man diese Logik auch immer bewerten mag, feststeht: Für die Universität Oldenburg müßte in dieser Frage das NHG geändert werden. Eine entsprechende Initiative liegt inzwischen auch dem Parlament der SPD-Fraktion vor. Doch eine Mehrheit wird sich kaum finden. So schätzte wohl auch der Uni-Senat in der vergangenen Woche die Lage ein, als er in einer Stellungnahme das Urteil bedauerte und die Forderung nach der Namensgebung grundsätzlich aufrechterhielt - allerdings mit der deutlich ausgesprochenen Einschätzung, daß die Erfüllung dieses Wunsches eher langfristig zu sehen ist.

Die Zwischenzeit sollte in der Universität genutzt werden, noch mehr als bisher aufklärerisch über Ossietzky zu wirken, d.h. auch konkret Projekte in Angriff zu nehmen. Wissenschaftliche Arbeit dürfe überzeugender sein, als die allzu häufige plakative Vermarktung des kämpferischen Pazifisten, die im Zweifelsfall dem Ansehen der Hochschule mehr schadet als nutzt. Ohnehin aber stehen die Zeichen für eine erfolgversprechende Diskussion um die Namensführung momentan so oder so schlecht. In Zeiten, in denen es möglich ist, unübliche Schriftsteller und Publizisten mit „Ratten“ und „Schmeißfliegen“ zu vergleichen, dürfte Ossietzky kaum eine Chance haben, mit seinem Namen für eine Institution zu stehen. Denn mit Sicherheit hätte er zu den so Beschimpften gehört.

Gerhard Harms

16 Bewerber um Präsidentenamt

Universität hofft auf raschen Ablauf des Wahlverfahrens

Personalratswahlen:

Auch der Mittelbau ist stimmberechtigt

Zur regen Teilnahme an der Wahl zum Personalrat am 20. März d.J. haben die Gewerkschaften ÖTV, GEW und DAG aufgerufen. Vertreter dieser drei Organisationen bewerben sich um die insgesamt 11 Sitze. Wahlberechtigt ist neben den Angehörigen der Verwaltung und des sogenannten Dienstleistungsbereichs fast der gesamte Mittelbau: Akademische Räte und wissenschaftliche Angestellte und Assistenten sowie Tutoren und wissenschaftliche Hilfskräfte mit Examen.

Durch die personelle Expansion der Universität Oldenburg wird die Zahl der Personalratsmitglieder von bisher 9 auf 11 erhöht. Davon werden sieben Mitglieder von den Angestellten, zwei von den Arbeitern und zwei von den Beamten gewählt. Im Beamten-

und Arbeiterbereich wird es zu einem reinen Personalwahl kommen, weil es neben den von der ÖTV benannten Vertretern keine konkurrierende Liste gibt. Lediglich im Angestelltenbereich kämpfen ÖTV und GEW auf der einen und die DAG auf der anderen Seite um die Mandate. Die ÖTV/GEW-Liste wird von der jetzigen Personalratsvorsitzenden Gudrun Buchholz angeführt, die Liste der DAG von der Verwaltungsangestellten Christel Thiel. Bisher wurden im Angestelltenbereich von der ÖTV/GEW 4, von der DAG 2 Sitze besetzt.

Ebenfalls aus 11 Mitgliedern setzt sich der Hauptpersonalrat zusammen, der von den Angehörigen aller Einrichtungen gewählt wird, die dem Wissenschaftsministerium unterstehen.

Nicht weniger als 16 Bewerbungen - darunter vier hausinterne - sind für die Anfang des Jahres erneut ausgeschriebene Stelle des Präsidenten eingegangen. Unter den potentiellen Kandidaten für das höchste Amt der Hochschule befinden sich u.a. sieben Wissenschaftler, drei Wirtschaftsmanager und drei hohe Verwaltungsbeamte.

Die Bewerbungsunterlagen sind inzwischen an den Wissenschaftsminister übersandt worden, der feststellen muß, ob die Bewerber laut NHG formal die Befähigung für das Amt haben. Erst dann können die Universitätsgremien in das eigentliche Wahlverfahren einsteigen, das mit der Verabschiedung eines Dreivorschlags des Senats an das Konzil beginnt. Präsident wird, wer im Konzil die absolute Mehrheit aller Stimmen auf sich vereinigen kann.

In der Universität wird damit gerechnet, daß das Wahlverfahren relativ zügig ablaufen wird. Im Verlauf des Sommersemesters soll feststehen, wer der erste Präsident der Hochschule sein wird. Der amtierende Interimspräsident Professor Dr. Raapke hofft, „daß ich mich spätestens am 1. Oktober wieder voll der Forschung und Lehre widmen kann.“

Gedenktafel reicht nicht aus

Die Enthüllung einer Gedenktafel auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Esterwegen reicht nach Ansicht des Theologen Professor Dr. Gollwitzer nicht aus, um jungen Menschen heute die damaligen Geschehnisse in dem Lager hinreichend nahezubringen. Gollwitzer forderte in einem Brief, der u.a. auch von Professor Fritz Eberhard, Axel Eggebrecht und Erwin Beck unterzeichnet wurde, Bundesverord-

nungsminister Heinz Apel auf die Einrichtung eines Dokumentations- und Informationszentrums über die gesamten Emslandlager zu unterstützen. Apel hatte kürzlich auf dem ehemaligen KZ-Gelände und jetzigem Bekleidungs- und Verpflegungslager eine Gedenktafel enthüllen lassen. Dazu die Unterzeichner des Briefes: „Wir hoffen, daß Ihr Beispiel bei der Landesregierung von Niedersachsen Schule macht.“

Zwischenstation Der weltweit renommierte chilenische Komponist Becerra-Schmidt fand als politischer Flüchtling an der Uni ein neues Wirkungsfeld

Am 30. Januar wurde am Tag der offenen Tür des Faches Musik die Komposition „Charivari“ von Professor Gustavo Becerra-Schmidt aufgeführt. Damit trat der seit 1974 an der Universität Oldenburg wirkende chilenische Komponist, der vor dem faschistischen Putsch-Regime seiner Heimat flüchtete, erstmals in Oldenburg mit einem seiner Werke an die Öffentlichkeit. Unter Musikern genießt Becerra-Schmidt weltweit großes Ansehen. Seine Kompositionen werden in zahlreichen Ländern - insbesondere aber in den USA - von den renommiertesten Orchestern - wie u.a. dem Philadelphia Orchestra - gespielt: Anlaß genug, den Blick auf einen politischen Musiker zu werfen, dem die Universität Asyl und Lebensraum bietet.

Als im September 1973 die Faschisten in Chile die Macht mit Waffengewalt an sich rissen, war Becerra-Schmidt Kultur-Attaché Chiles in der Bundesrepublik. Salvador Allende hatte den Kompositionsprofessor an der Fakultät für Musik und Darstellende Kunst in Santiago/Chile als persönlichen Vertrauten für zwei Jahre mit dem Auftrag ins Ausland beurlaubt, für Chiles Kultur zu „werben“ (In diesem Zusammenhang hielt Becerra-Schmidt bereits 1972 einen Vortrag in Oldenburg.) Becerra-Schmidts Verbindungen zu Deutschland gehen indessen bereits auf seine früheste Jugend zurück. Wie es sich für einen „Ankömmling des chilenischen Kleinbürgertums gehörte, besuchte er die Deutsche Schule und erhielt bei einer Klavierlehrerin Unterricht, die in Berlin studiert hatte. Sein Vater, der einen einflussreichen Chopin-Verein geführt hat, brachte dem Sohn Gustavo bei, daß die europäische Kultur weit höher als die einheimisch-chilenische stehe.

Als Becerra-Schmidt in den 40er Jahren in Santiago Komposition zu studieren begann, war das Musikleben Chiles bereits in einer „Demokratischen Umwälzung“ begriffen, wie wir es heute nachträglich nennen würden: Becerras erster Kompositionslehrer, Humberto Allende - kein Verwandter des späteren Präsidenten - schrieb überwiegend Kompositionen, die sich mit sozialen Problemen Chiles befaßten. Sein musikalisches Material bezog Allende von Bauern und Arbeitern, insbesondere den Gesängen der Analphabeten, die Becerra-Schmidt als „Speicher chilenischer

Volkskultur“ bezeichnet. Die „Demokratisierung“ chilenischer Kultur spielte sich allerdings nicht nur im musikalischen Material ab. So arbeitete Becerra-Schmidt zusammen mit jungen - später bekannt gewordenen - Musikern am Aufbau einer Musik-„Abendschule“, die von musikliebenden Jugendlichen aus allen Bevölkerungskreisen besucht wurde. An dieser Abendschule fanden auch Musikgruppen zusammen, die heute noch bestehen und zum Teil „professionalisiert“ sind: Inti Illimani, Quilapayun, Aparcoa. Junge Studenten lehrten dort, unter anderen Fernando Garcia, Luis Advis, der die von Dieter Kronzucker verfilmte „Cantata Santa Maria“ schrieb, Sergio Ortega, der Verfasser der chilenischen Hymne „Venceremos!“

Trotz solcher Demokratisierungsansätze war die in Chile herrschende Musik noch immer nach Europa orientiert. Becerra-Schmidt hat diese Orientierung in den 50er Jahren quasi „subversiv“ genutzt: Eine Europa-Studienreise 1954-1956 führte ihn nicht nur nach Wien, München, Paris, zweimal zu den „Darmstädter Ferienkursen“ - dem internationalen Umschlagplatz des musikalischen Avantgardismus serieller Prägung - und nach Madrid, sondern auch zu einer grundsätzlich kritischen Einstellung gegenüber der kompositorischen Entwicklung der Neuen Musik in Europa. In Madrid entwarf er eine Folge von Aufsätzen zur „Krise der Kompositionslehre im Abendland“, mit der er sich gegen das rein-serielle Denken wandte. Zugleich untersuchte er in Spanien musikalisch-politische Strategie und Taktik von Komponisten, die unter einer Diktatur arbeiten und leben.

Die erste Konsequenz aus solchen Einsichten und Erfahrungen war allerdings nicht ein musikalischer Bruch mit avantgardistischen Kompositionstechniken, sondern die zunehmende Politisierung seiner künstlerischen Tätigkeit. Becerra-Schmidt wurde 1956 Leiter des „Instituts für musikalische Verbreitung“, das jährlich über 500 Musikveranstaltungen durchführte. Er arbeitete als Programmredakteur am Rundfunk, wo er auch das Fernseh-Mischpult bediente. Seit 1964 war er ständiger aktiver Mitarbeiter im „Creative Committee“ Allendes, das vor allem die Propaganda- und Wahlkampfarbeit organisierte.

Becerra-Schmidt komponierte in dieser Zeit alle Arten politischer Musik: Lieder, Kantaten, Filmmusiken, Hörspiele. Die „Medien“ betrachtete Becerra-Schmidt als künstlerisch-politische „Waffe“. Die Musik sollte semantisch „präziser“, die Wirkung der Musik vorhersehbarer (wissenschaft-



Gustavo Becerra-Schmidt

lich berechenbarer) werden. Becerra-Schmidt prägte die Formel von der „aktiven Musikwissenschaft“: Komposition soll die in Musik umgesetzte Wissenschaft sein. Ideen dieser Art gingen auf den einflussreichen chilenischen Komponisten Domingo Santa Cruz zurück und fanden in einer Regelung der Universitätsreform von 1968 ihren Niederschlag, wonach ein Wissenschaftler mit einer Komposition promovieren konnte. Der faschistische Putsch hat Becerra-Schmidts Wirken und Arbeit in vielfacher Weise verändert.

Seinen Lebensunterhalt bestritt Becerra-Schmidt vor seiner Anstellung in Oldenburg im Frühjahr 1974 durch Spenden. Nachdem sich seine ökonomische Basis wieder etwas stabilisiert hatte, begann er auch, sein kompositorisches Schaffen neu auszurichten.

Bis in die Regierungsjahre Allendes hinein hatte er Musik für das „neue Chile“ geschrieben: Filmmusik „Wein und Trauben aus Chile“, „Valparaiso, du meine Liebe!“ usw., Kantaten politischen Inhalts wie die „Elegie auf den Tod Lenins“, „Die Provokation“ oder „Vietnam II“. Nun, im Exil, begann er, an einer Filmdokumentation über Pablo Nerudas „Ein Haus auf dem Sandhügel“, an einer

Kantate „Chile 73“ und an der schrittweisen Realisierung eines Konzepts „verfilmter Partituren“ für Kinder zu arbeiten. Die „Partituren“ für Kinder sollen den „musikalischen Analphabetismus“ bei Kindern beheben helfen, ohne auf einen herkömmlichen Notenlehrgang zurückzugreifen. In den letzten Jahren erhielt Becerra-Schmidt zunehmend auch Kompositionsaufträge für Kammerensembles aus dem Umkreis des Avantgardismus. In Chile, wo man seine Filme vernichtet hat, werden die „unpolitischen“ seiner Stücke heute wieder aufgeführt. Konzerte für verschiedene Soloinstrumente und Kammermusik. Becerra-Schmidt steht in Verbindung mit zwölf weiteren, im europäischen Exil lebenden chilenischen Komponisten. Auf Kursen versuchen diese zusammen mit exilierten Musikern immer wieder ihren musikalischen und politischen Standort zu bestimmen und den Kontakt mit Musikern in Chile aufrecht zu erhalten.

Obleich Becerra-Schmidt enge Beziehungen zu Gruppen wie „Quilapayun“ oder „Inti Illimani“ unterhält, vertritt er doch eine andere stilistische Richtung chilenischer Musik als diese Musiker. Während diese Gruppen von der chilenischen Folklore ausgehend heute überwiegend (im Exil entstandene) neuere Kompositionen spielen, strebt Becerra-Schmidt eine Verbindung des „amerikanischen und europäischen Kulturerbes“ mit Hilfe gewisser Verfahren der avantgardistischen (post-seriellen) Musik an.

Als Beispiel das Stück „Charivari“ (1979): Das musikalische Material ist nach dem Prinzip der „Tropen“ im Sinne Matthias Hauer's organisiert, das heißt, daß Teile von Zwölftönen „in sich“ frei verändert werden können, obgleich sie zusammengekommen immer Zwölftönigkeit (im Sinne Schönbergs) ergeben. Die „Tropen“ sind nach Typen südamerikanischer Tonssysteme organisiert. (An Stelle der Unterteilung 6 plus 6 bei Hauer wählt Becerra-Schmidt 5 plus 7, womit er sich den Weg zu pentatonischen Skalen freihält.) Die von Becerra-Schmidt in „Charivari“ gewählte Instrumentation wirkt ebenfalls zunächst avantgardistisch. Das Stück ist nicht für drei Instrumente, sondern drei Spieler konzipiert, die insgesamt 42 Instrumente bedienen. Das Klavier ist eine besondere Art

Schlagzeug. Das Klangergebnis weist allerdings ins Mittelalter, ja in vorhistorische europäische Traditionen zurück - Schellen, Pfannen, Töpfe, kurz: Krach! Eine klangliche Verbindung von Liturgie und Protest.

Das Stück „Charivari“ zeigt auch exemplarisch Becerra-Schmidts Verständnis von politischer Musik bzw. politischer Wirkung von Musik. Die politische Aussage ist nicht die der „Agitation“, sondern die einer präzisen Beschreibung. „Wenn Charivari heute in Chile gespielt würde, so müßte nur darauf geachtet werden, daß den Hörern genau erklärt wird, was ein Charivari ist“, meint Becerra-Schmidt. Die Allgemeinheit der musikalischen politischen Aussage muß demnach durch die konkrete Situation umgesetzt oder durch weitere Handlungen konkretisiert werden. In diesem Sinne versteht Becerra-Schmidt auch seine Aufgabe als Kompositionslehrer. Obgleich er zugestehen muß, daß sein Entschluß, in der Bundesrepublik, speziell in Oldenburg, zu bleiben und nicht nach Paris oder Mexiko zu gehen, auch „rein-musikalische“ Gründe hat, so ist es doch auch das politische Interesse von Studenten gewesen, das ihn hier in Oldenburg gehalten hat. „Ich bin nicht zuletzt deshalb hier in Oldenburg geblieben, weil die Möglichkeit, etwas mit einem Exilchilenen zu machen, von den Studenten anfangs deutlich gesehen worden ist“, sagt Becerra-Schmidt heute.

„Die Studenten wollten von mir etwas lernen, nicht nur in technischer Hinsicht. Zugleich ist Oldenburg für mich ein Versuch, das, was wir in Santiago zersplittert gemacht haben, miteinander zu verbinden: Die Arbeit an der Abendschule und an der Fakultät. Gerade mit Studenten, die über die Z-Prüfung an die Universität gekommen sind, habe ich beste Erfahrungen gemacht.“

„Was mich tief bewegt hat, ist dieser Kampf der Universität um die Namensgebung. Carl von Ossietzky ist ja nicht nur ein Symbol, sondern auch eine Person, die ein Beispiel ist. Das ist für die Mehrheit allerdings gar nicht deutlich. Ich möchte meinen Beitrag leisten, daß die Leute etwas mehr hierüber nachdenken. Kürzlich habe ich auf einen Text von Brecht ein „Ossietzky-Lied“ geschrieben. Es soll Bestandteil einer Kantate sein.“ Wolfgang Martin Stroth

Kultusminister ließ nur 28 Assistenten zu Lehre und Examen sind gefährdet

Mehr als ein Jahr brauchte der Kultusminister, um Anträge von Assistenten für die Prüfungsberechtigung zu bearbeiten. Die Anträge waren ausführlich begründet, sie wurden von allen Fachbereichen, dem Senat und dem Prüfungsamt unterstützt und in vielen Gesprächen, Briefen, Beschlüssen und Materialien waren die Notwendigkeit des Prüfungsrechtes und die Folgen der Verweigerung dargelegt worden.

Aber das hat alles nicht viel gebracht: Nur 28 Assistenten sollen prüfen dürfen. Ihre Auswahl konzentriert sich auf wenige Studiengänge. Die Assistentenvollversammlung hat deshalb die Fachbereichsräte aufgefordert, noch einmal gegenüber dem Kultusministerium, dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst und dem Prüfungsamt die Kritik der Universität deutlich zu machen und auf eine Verbesserung des Prüfungsrechts für Assistenten hinzuwirken.

In einem Beschlüßentwurf für die Fachbereichsräte wird als konsequenter Schritt gefordert, die weitere Mitwirkung an Prüfungen von der Bestellung aller Berechtigten zu Mitgliedern des Prüfungsamtes abhängig zu machen, für die dies beantragt worden ist. Der Beschlüßentwurf begründet diese Maßnahmen damit, daß wegen der zu geringen Bestellungen von Assistenten zu Mitgliedern des Prüfungsamtes

● nicht genügend prüfungsvorbe-

reitende Lehrveranstaltungen durchgeführt werden können.

● außerordentliche Belastungen bei den prüfungsberechtigten Assistenten in einzelnen Fächern zu verzeichnen sind, andererseits die unbegründete Aberkennung der bisher ausgeübten Prüfungsberechtigung eine Diskriminierung aller anderen Assistenten darstellt,

● die zunehmende Prüfungsbelastung außerhalb der ELAB nicht berücksichtigt wird,

● die Prüfungsberechtigung von Assistenten nicht durch die von Lehrbeauftragten ersetzt werden kann, die sich nur zeitweilig an der Universität aufhalten,

● einzelne Assistenten mit der Prüfungsberechtigung in mehreren Fächern nicht der vollen Prüfungsbelastung gerecht werden können.

● letztlich eine Benachteiligung gegenüber der Universität Osnabrück deutlich wird, an der weit mehr Assistenten die Prüfungsberechtigung erhalten haben.

Prüfungsberechtigte für Lehramt

Arbeitslehre: Adamietz, Henseler, Höpken, Neuroth, Reich, Ruffmann, Schmidt-Waldherr, Schüttele, Sellin, Siemann, Vonderach, Weghorn, Wollrad.

Biologie: Berthe-Corti, Eber, Eschenhagen, Gebhardt, v. Glahn, Haeseler, Hilfrich, Höpner, Homann, Jannsen, Kleinstäuber, Klinger, Krumbain, Megnet, Schminke, Stabenau, Willig.

Chemie: Hahn, Hamann, Jansen, Kaminsky, Köll, Lüpkes, Ruchsig, Schuller, Weidenbruch, Zecek.

Deutsch: Brandes, Broweliet, Dierks, Eckhardt, Giese, Helmers, Januschek, Meyer, Promies, Rohde, Roßmann, Scheller, Stöling, Thiergard, Ueding, Wagner, Wiegmann.

Englisch: Boeder, Calbert, Davids, Hillgärtner, Karius, Rautenhaus, Stinshoff, Vahland, Vogt.

Erziehungswissenschaften: Baumann, Blanke, Busch, Ebben, Fischer, Fleßner, Fölling, Fookes, Füllgraff, Hasler, Hopf, Hühne, Klattenhoff, Lange, v. Maydell, Mayer-Kuhlenkamp, Mergner, Meyer, Möller, Nitsch, Peters, Raapke, Schröder, Sielaff, Struve, Westphal, Wieland, Wilde, Wil-

helmer, Winter, Wilmann, Wolff, Wragge-Lange.

Geographie: Brake, Gebhard, Hagen, Jannsen, Jung, Krüger, Krumbain, Strassel.

Geschichte: Barth, Boldt, Freiwald, Günther, Günther-Arndt, Hinrichs, Lucas, Mütter, Norden, Saul, Schmidt.

Handelslehramt / Wirtschaftswissenschaften: Behrens, Blanke, Güth, Küpper, Kutscha, Litz, Onnen, Ossorio-Capella, Peters, Pfaffenberger, Ravasani, Reinsch.

Kunst: Denker, Eichhorn, Giebel, Hübner-Voss, Kimpel, zur Lippe, Otto, Pfennig, Ritter, Springer, Steffens, Teske, Thiele, Weichardt, Wolters.

Mathematik: Besuden, Brucker, Ebenhö, Eifrig, Emrich, Giebel, Folkerts, Gorny, Hayen, Heise, Herzberger, Knauer, Leißner, Matzke, Möbus, Schmale, Pieper-Seier, Späth, Sprockhoff.

Musik: Becerra-Schmidt, Günther, Knolle, Ritzel, Schleuning, Stroth.

Pädagogische Psychologie: Belschner, Filipp, Gottwald, Grubitzsch, Laucken, Mees, Nachtre-

ner, Scheerer, Schick, Schmerein, Viebahn, Walcher, Zimmer.

Philosophie: Lengert, Mainzer, Nitsch, Weymann-Weyhe.

Physik: Haubold, Hinsch, Klatte, Luther, Maier, Mellert, Radek, Rieß, Ruth, Schmidt.

Politik: Aich, Freiwald, Holtmann, Kraiker, Meyer, Moldenhauer, Naßmacher, Ravasani, Rudzio, Schmidt.

Religion: Heimbrock, Hindriksen, Müller, Roth, Schäfer, Vierzig.

Russisch: Imendörffer, Sadowski, Schmid, Szigeti, Thelin.

Schulrecht: Müller.

Sonderpädagogik: Fookes, Hühner, Schlee, Schröder, Siems, Struve, Westphal, Wieland.

Sozialkunde: Aich, Fabian, Freiwald, Freytag, Holtmann, Kraft, Kraiker, Meyer, Moldenhauer, Müller-Dohm, Naßmacher, Nave-Herz, Rudzio, Schmidt, Schulenberg, Vonderach.

Soziologie: Aich, Kraiker, Nave-Herz, Ravasani, Schmidt, Schulenberg, Siebel, Vonderach, Woelsler.

Sport: Dieckert, Dreisbach, Kördle, Leist, Petersen, Rigauer, Schmidt, Schmücker, Volger, Vormbrok, Wopp.



Eine der traditionsreichsten und größten Universitäten in den Niederlanden: die Rijksuniversiteit Groningen

Kooperationsvertrag jetzt perfekt

Am 17. April Unterzeichnung in Groningen - Am gleichen Tag Symposium

Endgültig geeinigt haben sich jetzt die Universitäten Oldenburg und Groningen auf einen Text für den Kooperationsvertrag, der am 17. April von den beiden Präsidenten der Hochschulen in Groningen unterzeichnet werden soll. Am gleichen Tag findet ein Symposium mit Wissenschaftlern beider Universitäten sowie Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen statt. Thema: Entwicklung in der Holländischen Nord-Region und der Nordwest-Region der Bundesrepublik.

Der Text für den Kooperationsvertrag sieht die Zusammenarbeit auf sämtlichen Ebenen vor: Forschung, Studium und Weiterbildung. Zum Teil wird sie schon praktiziert. Erst kürzlich hielten die Erziehungswissenschaftler Professor Dr. Busch, Dr. Winter und Dr. Mergner im Rahmen einer Veranstaltung zur „Einführung in die Erziehungswissenschaft und Geschichte der Pädagogik“ Vorträge zu ihren Spezialgebieten. Im Gegenzug werden im Sommersemester Groninger Kollegen an einer Pädagogikveranstaltung in Oldenburg mitwirken.

Wie ernst es beiden Universitäten mit der Kooperation ist, wird auch daran deutlich, daß jede Hochschule jährlich dafür 50.000 Mark bereitstellen will. Ausdruck für die Kooperationsbereitschaft dürfte auch das am Tag der Unterzeichnung stattfindende Symposium sein. Es wird sich - nach grundlegenden Vorträgen zu Entwicklungsbedingungen peripherer Gebiete in Europa, den Niederlanden und der Bundesrepublik - vertieft und in Arbeitsgruppen mit den Themen „Regionale Innovationsförderung“, „Zukunftsansichten“ und „Prognosen, Ökologie und Regionalplanung“ beschäftigen. Alle Problemgegenstände werden jeweils aus niederländischer und deutscher Sicht dargestellt und diskutiert. Von der Universität Oldenburg sind als Referenten und Diskussionsleiter die Professoren Dr. Freytag, Dr. Kummerer, Dr. Ossorio, Dr. Schuller sowie

der Akad. Oberrat Dr. Windelberg vorgesehen. Als Vortragende konnten jedoch auch eine Reihe von Fachleuten aus der Bezirksregierung, den Landkreisen, den Unternehmen, den Industrie- und Handelskammern sowie den Gewerkschaften gewonnen werden (entsprechendes gilt für die Niederländische Seite).

Die Universität Oldenburg wird als Teilnehmer vor allem Studenten der Studiengänge mit regional-ausge-

DGB: „Ausländerpädagogik“ in Oldenburg genehmigen

Der DGB-Landesbezirk Niedersachsen unterstützt die Einrichtung des Studienganges „Ausländerpädagogik“ an der Oldenburger Universität. In einem Brief an den niedersächsischen Wissenschaftsminister Professor Dr. Pestel äußert der stellvertretende Vorsitzende Schultze sogar die Hoffnung, „daß zumindest in Oldenburg, da hier die Voraussetzungen am weitesten entwickelt sind, bereits im Wintersemester 1980/81 der Studiengang Ausländerpädagogik seine Arbeit aufnehmen und gleichzeitig die Zusatz- und Weiterbildungsangebote aufgebaut werden können.“

Die „passive Haltung“ gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern habe, so der DGB, zu einer zunehmenden Abkapselung und zu einer „Flucht in irrationale und reaktionäre Ideologien“ geführt. Wolfgang Schultze: „Nicht ohne Grund haben gerade unter türkischen Arbeitnehmern und Jugendlichen faschistische und fanatische religiöse Gruppen Fuß fassen können. Diese Gruppen haben eine ständig zunehmende Mitglieder- und Sympathisanzahl, die anteilig weit höher liegt als bei gleichartigen deutschen Gliederungen.“

In den Mordfällen von Berlin und Hannover sieht der DGB ein Gewaltpotential, das im Interesse der ausländischen Arbeitnehmer, ihrer Fa-

milien und der deutschen Bevölkerung einzugrenzen sei. Der DGB fordert deshalb, daß die Integration ausländischer Arbeitnehmer durch einen wechselseitigen Prozeß bestimmt werden müsse, der beiden Gruppen einen eigenständigen Entwicklungsraum zubillige. Voraussetzung sei dafür ein breites Bildungsangebot, die Überwindung der Sprachbarrieren, Verständnis für unterschiedliche Kulturbräuche.

Um diese Voraussetzungen zu schaffen, böte sich die Universität in Oldenburg wegen ihres Einzugsbereiches und wegen ihrer bisherigen umfassenden wissenschaftlichen Tätigkeit im Studienschwerpunkt „Deutsch als Fremdsprache“ an.

BAFÖG Physikstudenten unterstützt

Der Uni-Präsident hat den Antrag der Physikstudenten unterstützt, die vom Wissenschaftsministerium die Verlängerung der Förderungsdauer nach BAFÖG verlangen, weil vor zwei Jahren ein ordnungsgemäßes Studium an der Hochschule nicht möglich gewesen sei.

KWW und ZEMA bleiben zentrale Einrichtungen

Unter einem Dach sollen nach Willen des Senats langfristig die zentralen Einrichtungen „Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung“ (KWW), das „Fernstudienzentrum“ und der „Hochschulsport“ zusammengefaßt werden. Einen entsprechenden Tendenzbeschuß faßte das Gremium im Rahmen seiner Entscheidungen zur künftigen Organisationsstruktur. Vorerst werden

jedoch alle drei Institutionen als von einander unabhängige Zentrale Einrichtungen nach § 105 NHG geführt. Der Paragraph sieht vor, daß Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebsseinheiten, die der gesamten Hochschule dienen, als Zentrale Einrichtungen zu verwalten sind. Im Rahmen seiner Entscheidungen benannte der Senat die Kontaktstelle für wissenschaftliche Wei-

terbildung in Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) um.

Inzwischen hat der Senat auch die Zentrale Einrichtung medientechnischer Anlagen (ZEMA) als Zentrale Einrichtung im Sinne des NHG konstituiert. Die ZEMA unterhält das hochschulinterne Fernsehen (Hifo), die Tonstudios und die Sprachlabore.

Der Kommentar



**Dr. Klaus Simon,
Redakteur des
Südwestfunks,
über den
endgültigen
Freispruch der
Herausgeber der
Dokumentation
„Buback -Ein Nachruf“**

Am 26. Februar hat der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Berlin endgültig die Revision, die die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Landgerichts Oldenburg, das die Verfasser der Dokumentation „Buback -Ein Nachruf“ bekanntlich freigesprochen hatte, verworfen. Damit sind nun alle 48 Herausgeber von Strafverfolgung frei. Die Kosten trägt die Landeskasse. Nachdem schon der Generalbundesanwalt die Revision der Oldenburger Staatsanwälte nicht vertreten hatte, kam der Bundesgerichtshof zu dem Schluß, das Landgericht habe zu Recht festgestellt, „daß eine Strafbarkeit der Herausgabe der Dokumentation... nicht ersichtlich ist.“ Nachfolgend ein Kommentar des Südwestfunkredakteurs Klaus Simon dazu, der in den „Tagesthemen“ des Ersten Fernsehprogramms am Tag der Urteilsverkündung gesendet wurde:

Erinnern Sie sich, meine Damen und Herren, an das Wort von der „klammheimlichen Freude“? Es kam im April 1977, kurz nach dem Mord an Generalbundesanwalt Buback, auf, stammte aus dem sogenannten Mescalero-Artikel eines unbekanntem Göttinger Studenten und diente über ein Jahr lang Publizisten, Politikern, Juristen als der leibhaftige „Gott-sei-bei-uns“.

Es war die Zeit der brutalen Terroranschläge; der festgefügt geglaubte demokratische Staat zeigte zum erstenmal Schwächen. Die Gewalt des Terrors bewirkte Angst und Hysterie, aus der sich Gegengewalt entwickelte: zum Beispiel die verbale Gewalt der Beschimpfungen und Verdächtigungen. Ich erinnere an die vehementen öffentlichen Denunzierungen sogenannter Terror-Sympathisanten.

Man muß sich das vergiftete Klima dieser angespannten Monate ins Gedächtnis zurückrufen, um den heutigen Spruch des Bundesgerichtshofs würdigen zu können.

In dem Verfahren gegen dreizehn niedersächsische Professoren, das heute letztinstanzlich gegen die Intention einer emsig bemühten Staatsanwaltschaft beendet wurde, sollte die Strafwürdigkeit einer Aufklärungsaktion festgestellt werden, die sich eindeutig gegen die damals herrschende Hysterie gerichtet hatte. Die genannten Professoren - und zahlreiche Kollegen aus anderen Bundesländern, die wegen dieses sogenannten Delikts längst freigesprochen sind - hatten den vollständigen Mescalero-Artikel veröffentlicht, um eine Diskus-

sion zu verschlichen, die sich allein an der „klammheimlichen Freude“ festgebissen hatte - eine Formulierung, die niemand, auch nicht die Professoren, billigen wollten.

Der Artikel, der, wie sein anonymer Autor kürzlich wissen ließ, „in der grauen Masse einer Info-Kultur nur so hingeschrieben war“, hatte auch ausdrücklich die Terrormorde verurteilt. Nur: diese Passage paßte den öffentlichen Hysterikern nicht ins Konzept.

Das Pamphlet eines unreifen Studenten wäre längst vergessen, hätten nicht pedantische Staatsanwälte - unbekannt von der Klugheit ihrer Richterkollegen - die Angelegenheit auf der Sparsflamme ihrer mangelnden Einsichtsfähigkeit weitergekocht.

Der letzte Delinquent übrigens nach dem letzten Entscheid ist der hannoversche Psychologie-Professor Peter Brückner. Er wurde unter anderem wegen der Beteiligung an der inkriminierten Professorenaktion vom Dienst suspendiert, er darf seine Universität nicht betreten. Der niedersächsische Kultusminister sollte sich vom Freispruch in mehreren Instanzen beeindrucken lassen und den ideologischen Bannspruch gegen Brückner aufheben.

* Der niedersächsische Disziplinarhof in Lüneburg hat in einem 45seitigen Beschluß inzwischen die Einbehaltung der Dienstbezüge Professor Dr. Peter Brückners aufgehoben, die vorläufige Dienstenthebung jedoch für weiterhin zulässig erklärt. D.h.: Bis zum Hauptverfahren wird Brückner seiner Lehr- und Forschungstätigkeit in der Universität Hannover nicht nachgehen können.

Studienreform: Konstituierung von Kommissionen

Die Einrichtung der Studienreformkommissionen in Niedersachsen wird im Frühjahr dieses Jahres abgeschlossen sein. Das teilte der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Eduard Pestel, in Hannover mit und wies darauf hin, daß weitere zwölf Studienreformkommissionen des Landes konstituiert werden. Es sind dies die Kommissionen „Neuere Philologien“, „Germanistik und Sprachwissenschaften“, „Alte Sprachen, Orientalistik“, „Geschichtswissenschaften“, „Kulturwissenschaften“, „Kunst und Gestaltung“, „Musik und Theater“, „Leibeserziehung und Sport“, „Mathematik und Informatik“, „Elektrotechnik“, „Arbeitslehre“ und „Behindertenpädagogik“. Damit werden, nachdem im vergangenen Jahr bereits 10 Studienreformkommissionen ihre Arbeit aufgenommen haben, insgesamt 22 der 31 einzurichtenden Kommissionen sich konstituiert haben.

Drittmittelprojekte: Kompetenzen sollen geklärt werden

Im April will der Senat eine AD-hoc-Kommission einrichten, die exakt u.a. abklären soll, welche Kompetenzen die Organe der Uni (Präsident, Fachbereichsräte) einerseits und der Leiter von Drittmittelprojekten andererseits bei der Einstellung bzw. Entlassung von nichtwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Angestellten haben. Das NHG gibt darüber keine eindeutige Auskunft.

Beitragsordnung vom Minister genehmigt

„Die durch die Amtliche Mitteilung vom 31. Januar 1980 (Nr. 1/80 - S. 4) bereits veröffentlichte Vorläufige Beitragsordnung der Studentenschaft der Universität Oldenburg ist am 21.2.1980 vom Wissenschaftsminister mit Zustimmung des Finanzministers genehmigt worden.“

Uni-Fete für alle Bediensteten

Nach langjähriger Pause findet in diesem Jahr wieder eine Fete für alle Bediensteten der Universität statt. Am Freitag, dem 28. März, hofft ein dafür eigens eingerichteter Festausschuss auf rege Beteiligung nicht nur unter Dienstleistern, sondern auch unter Lehrenden. Abfahrt: Um 17 Uhr vom AVZ zum Ohrweger Krug, wo die Band „Moorfeuer“ für heiße Musik sorgen soll. Die Teilnahme kostet 15 Mark. Darin sind aber nicht nur Essen und Fahrt enthalten, sondern auch die Beteiligung an einer Verlosung, bei der es Erstaunliches zu gewinnen gibt: So u.a. eine Wochenendtour auf einer Hochseeyacht auf der Nordsee, Flüge nach Wangerooze.

Barzahlungen nicht möglich

Ab 1. April wird nach Mitteilung der Bezirksregierung nicht mehr die Regierungshauptkasse Oldenburg für die Universität zuständig sein, sondern die Regierungshauptkasse in Aurich. Deshalb werden Barzahlungen (Vorschüsse für Reisekosten, Honorare für Gastvorträge) voraussichtlich nicht mehr möglich sein. Allerdings will sich die Universität um Änderung bemühen.

Studienbescheinigungen unbedingt einreichen

Die Personalabteilung fordert die wissenschaftlichen Hilfskräfte auf, ihre Studienbescheinigung für das WS 79/80 bei Frau Fuhrken einzureichen. Ansonsten werden für Säumige die Zahlungen der Gehälter eingestellt bzw. gezahlte Gelder zurückgefordert.

Kurz notiert • Kurz notiert • Kurz notiert

Geschützte Daten werden von den Universitäten nur nach einer Einzelprüfung bei Amtshilfeersuchen herausgegeben. Dabei wird ermittelt, „wie die Bestimmungen des Datenschutzes und damit die Interessen dessen, über den Auskunft erteilt werden soll, mit den Interessen der auskunftersuchenden Behörde zu vereinbaren sind.“ In einer Pressemitteilung erklärte der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Dr. George Turner, ferner, „eine pauschale Aussage, ob nun der Datenschutz oder die Amtshilfe Priorität hätten, läßt sich nicht allgemein treffen.“

Italienisch vermittelt das „Zentrum zum Erlernen der italienischen Sprache und zur Begegnung mit der politischen Kultur Italiens“ in Florenz in vierwöchigen Sprachkursen. Begegnungen mit politischen Gruppen und sozialen Organisationen, historische Einführungen und Interessengruppen zu aktuellen politischen, sozialen und kulturellen Fragen ergänzen das Programm. Die Kosten betragen 150 000 Lire (ca. 320 DM). Wohn- und Verpflegungsmöglichkeiten können vermittelt werden. Nähere Informationen erteilt Andrea Moradei, Via Soffiano 39, 50100 Firenze/Italien (Tel. 0039-55-700956).

144,4 Millionen DM höher als im vergangenen Jahr ist der Etatplan des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums. Das Ausgabenvolumen beträgt 2,328 Milliarden DM, der Anteil am Gesamthaushalt der Landesregierung 10,2 Prozent.

5000 Zeitschriften werden im BIS gegenwärtig gehalten. 1980 können nur in ganz beschränktem Maße Neuabonnements verkraftet werden, da die Kapazität erschöpft ist. Das teilt jetzt die Bibliothek mit.

Studienberater werden in Zukunft stärker in ihrer Fortbildung gefördert. Diesen Beschluß faßten die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) und das Deutsche Studentenwerk (DSW). Die WRK wird dazu studienberatende Veranstaltungen durchführen, der Schwerpunkt des DSW soll bei spezifischen psychologischen Fragen liegen.

Härefallentscheidungen für Studienanfänger sollen nach Auffassung der Westdeutschen Rektorenkonferenz nicht von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund (ZVS) gefällt werden. Eine Bearbeitung solcher Fälle müsse den Hochschulen zufallen. Auf dieser Grundlage seien die Feststellungen dann von der ZVS zu treffen.

Der „Arbeitskreis Informatik in der Schule“, der vor einigen Jahren aus der Zusammenarbeit zwischen Lehrern aus allgemein- und berufsbildenden Schulen des Bezirks Weser-Ems und der Universität Oldenburg (Angewandte Informatik und Rechenzentrum) entstanden ist, veranstaltet am 25.4., 15 - 19 Uhr, in der Uni seine Frühjahrstagung. Auf dem Programm stehen „Algorithmen zur Datenverarbeitung“ (Referent: B. Borg, Soltau) und „PASCAL im Dialogbetrieb - Erfahrungen aus zwei Unterrichtsvorhaben“ (Referent: M. Heisig, Oldenburg). Dazu kommt die Möglichkeit, die Materialien für die Unterrichtsvorhaben am Großrechner praktisch zu erproben. Die Tagung wird als regionale Lehrerfortbildungsveranstaltung anerkannt. Anmeldungen bei P. Gorny, Tel. 665 oder Geschäftsstelle des RZ, AVZ 3-202, Tel. 541.

„Frauenstudien und Frauenforschung - Ziele, Inhalte und Institutionalisierung“ lautet das Thema einer internationalen Konferenz der Freien Universität in Berlin und des Senators für Wissenschaft und Forschung vom 16. - 18. April 1980. Konferenzort ist die Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin 62, Badensche Straße 50. Teilnehmerinnen werden aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, der UdSSR, aus der Bundesrepublik und Westberlin erwartet. Anfragen zu weiterem Informationsmaterial und Anmeldungen sind zu richten an: Planungsgruppe für einen Frauenstudien- und -forschungsbereich beim Präsidenten der Freien Universität Berlin, Potsdamer Straße 58/II (030/2 62 33 92/95/96). Anmelde-schluß ist der 1. April 1980.

An **Weiterbildungsveranstaltungen** haben in den letzten fünf Jahren 48 Prozent der Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren teilgenommen. Das ergab eine Untersuchung von infratest, die im Auftrage des Bundeswissenschaftsministeriums durchgeführt wurde. Laut infratest zeichnet sich ein erfreulicher Trend ab: Immer mehr Personen mit geringerer Schulbildung nehmen an der Weiterbildung teil.

„Materialien zur Studienreform“ sind als 30. Band der Schriftenreihe „Hochschule“ des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft erschienen. Das Ministerium will nach eigenen Angaben mit diesem Band alle unterstützen, die sich in verschiedenen Gremien mit der Gestaltung und Weiterentwicklung des Studiums befassen. Der Schwerpunkt des Bandes liegt in der Zusammenstellung von Gesetzesvorschriften, Beschlüssen, Empfehlungen und anderen Planungsmaterialien. Unterschiedliche Standpunkte zur Studienreform werden verdeutlicht.

Personalien

Prof. Dr. Hans-Dietrich Raape und **Prof. Dr. Wolfgang Schulerberg** sind in den Pädagogischen Ausschuss des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens berufen worden. Raape wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses gewählt.

Professor Dr. Menso Folkerts, Mathematiker im Fachbereich IV, war Leiter der Tagung zur „Geschichte der Mathematik“ im Mathematischen Forschungsinstitut in Oberwolfach. An der Tagung nahmen 47 Mathematikhistoriker aus 18 Ländern teil.

Professor Dr. Dieter Schuller, Chemiker im Fachbereich IV, ist als Experte der IG Chemie vom Unterausschuss „Chemiekaliengesetz“ des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit angehört worden. Schuller ist auch Mitglied von Expertenkommissionen des Umweltbundesamtes und der OECD.

Klaus Köster ist als wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich III mit dem Aufgabengebiet „Grundlage und Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ eingestellt worden.

Dozent Herbert Hasler, Erziehungswissenschaftler im Fachbereich I, ist zum Vorsitzenden der Gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung (GKL) gewählt worden.

Dr. Werner Schmidt, bisher wissenschaftlicher Assistent der Universität, ist zum Akademischen Rat z.A. im Fachbereich I mit dem Fachgebiet „Sportwissenschaft mit dem Schwerpunkt Freizeitsport“ ernannt worden.

Dr. Meinhard Tebben, bisher wissenschaftlicher Assistent, ist zum Akademischen Rat mit dem Fachgebiet „Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation mit dem Schwerpunkt schulischer Bereich“ im Fachbereich II ernannt worden.


Spedition Möbeltransport International DEUS
 TEL. (04 41) 71001

Anna Thye
 Buchhandlung
 Inh. Gottfried Sieler
 Gegr. 1. 9. 1800
 29 OLDENBURG
 Schloßplatz 21/22
 Postfach 4780
 Ruf (04 41) 25288

JEANS
 von **Horten**
 Levis • Wrangler • Pionier • Lols • Sottler

Schreibmaschinen
 neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie

- Manuelle Schreibmaschinen ab DM 85,-
- Elektrische Schreibmaschinen ab DM 185,-
- Kugelschreibmaschinen ab DM 759,-

Weitere Büromaschinen auf Anfrage!!
EBS ERLBECK
 Weddigenstraße 3 • 2900 OLDENBURG • Fernruf (04 41) 85125
 Verkauf Montag bis Freitag 17-18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

B&G
 1891 1971
 BUCHHANDLUNG
 BÜLTMANN & GERRIETS
 Lange Str. 57 • Ruf 2 66 01
 Postfach 141

TABULA
 BUCHLADEN
 IM HERBARTGANG

WALLSTR.
 HERBARTGANG
 LANGE STR.
 KURWICKSTR.

2 Stunden
 Examenarbeiten-Service

Fotokopien
 Buchbindarbeiten
 Zeitschriften Berichte

HENCKUS
 Buchbinderei
 Edewechter Landstraße 50
 29 Oldenburg
 Telefon 0441-50 2397

COPIERCENTER OLDENBURG
 Ammerländer Heerstraße 88
 Fernsprecher (04 41) 5 20 91

Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung
Kopierpreis je Stück **0,10 DM**
 ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
 ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM

SCHNELLD RUCK-SERVICE
 DRUCK-CENTER
 Schützenweg 4 • Ruf (04 41) 5 20 91

zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4

| | |
|--------------------|----------|
| Auflage 20 Stück | DM 2,50 |
| Auflage 100 Stück | DM 6,50 |
| Auflage 500 Stück | DM 23,50 |
| Auflage 1000 Stück | DM 38,00 |
| Auflage 2000 Stück | DM 68,00 |

SPANHAKE
 aktuell
 in • basteln • basteln • bast

Jeder braucht ein Hobby
Auch Du!

Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.
 Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!

oldenburg - lange str.

Grund- & bodensolide

ÖBS Immobilien GmbH

OLDENBURG, MARKT, RUF 0411-2371

Mit der OBS den Grundstein legen.

ÖBS Öffentliche Bausparkasse

OLDENBURG • BREMEN • WILHELMSHAVEN

Die Bausparkasse der Sparkassen mit Heimvorteil